Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 116 (2022)
Heft: 6

Artikel: Abendländisch oder universalistisch?
Autor: Lang, Josef
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1002446

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Abendländisch oder universalistisch?

Josef Lang

Universalismus ist eine doppelte Antwort auf den Ukraine-Krieg: Überwindung eines Blockdenkens, das die Menschenrechte je nach Lager unterschiedlich gewichtet. Und Verhinderung eines neuen Blockdenkens, das sich an der westlichen NATO statt an der universellen UNO orientiert.

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt uns Linke vor eine Frage, mit der wir nach 9/11 vor gut zwanzig Jahren konfrontiert waren: Reagieren wir abendländisch oder universalistisch? Konkret heisst das: Setzen wir auf die NATO oder auf die UNO und die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa? Zudem erscheint mit der russischen Aggression und deren Unterstützung insbesondere durch China und Kuba die humane und demokratische Bedeutung von «universalistisch» klarer denn je. Verdienen alle Menschen und Völker, die unterdrückt und bedroht werden, dieselbe Solidarität – unabhängig vom Farbanstrich des repressiven Regimes?

Erosion des Blockdenkens

Die humanistisch-demokratische Dimension von Universalität besagt: Alle Menschen sind gleich! Alle Völker sind gleichberechtigt! Auffällig bei den Reaktionen auf Putins Krieg ist die Tatsache, dass – mindestens in der Schweiz und in Westeuropa – die grosse Mehrheit der Linken sich klar vom Krieg distanzierte. Und die Stimmen, die in den ersten Kriegstagen die NATO für die russische Aggression mitverantwortlich machten, sind danach leiser geworden. «Putinverstehen» und «Putinverehren» wurde grossmehrheitlich zu einer rechten Angelegenheit. Eine wichtige Rolle in der Deutschschweiz spielte hier die Wochenzeitung WOZ, die von Anfang an unzweideutigen Klartext schrieb.

Die Zahl der linken Blockdenker*innen ist gegenüber jener, die sich im Kalten Krieg noch geweigert hatten, den sowjetischen Einmarsch in die CSSR 1968 oder die Verfolgung von Dissident*innen in Osteuropa zu verurteilen und die den Mauerfall 1989 mehr als Schock denn als Befreiung erlebt hatten, stark zurückgegangen. Die antistalinistische Linke, die sich früher wegen ihrer Unterstützung östlicher Oppositionsbewegungen «Antikommunismus» vorwerfen lassen musste, erscheint jetzt plötzlich hegemonisch. Und wenn es in der Schweiz Linke gibt, die aus dem Anti-Putin-Konsens ausscherten, sind es vorwiegend ehemalige Corona- und Impfskeptiker*innen.

Einparteiensysteme blockieren Demokratie

Wie stark das Blockdenken bezüglich China – hinter den USA und vor Russland die zweite imperialistische Macht – geschwunden ist, muss sich noch zeigen. Ein Test heisst Taiwan. Chinas Anspruch auf die Insel ist ebenso undemokratisch wie derjenige Russlands auf die Ukraine. So wird auch er mit Argumenten begründet, die nicht auf dem Willen der realen Bürger*innen aufbauen. Weitere Tests sind die Haltung gegenüber der Zwangsassimilierung der Uigur*innen, die Unterstützung von Demokratiebewegungen wie in Hongkong, von unabhängigen Gewerkschaften und von Forderungen nach persönlichen, kulturellen und politischen Freiheitsrechten. Das wichtigste Kriterium aber ist die unzweideutige Ablehnung des Einparteiensystems, der

Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei. Eine Regierung ist nur dann demokratisch legitimiert, wenn sie aufgrund freier Wahlen in Konkurrenz mit anderen Parteien zustande gekommen ist.

Damit wären wir bei Kuba, dessen Regime im Juni 1989 einen Richtungsentscheid getroffen hat, der heute noch gilt: für die Unterdrückung der Proteste auf dem Pekinger Tienanmenplatz und damit gegen die chinesische Demokratiebewegung.[1]

Wie stark das linke Blockdenken in dieser Frage noch ist, zeigten die (Nicht-)Reaktionen auf die Unruhen in Kuba im letzten Sommer. Während der Protestbewegung im Juli 2021 wurden Tausende festgenommen. Danach wurden über 700 Personen angeklagt. 127 von ihnen wurden zu drakonischen Strafen von bis zu dreissig Jahren Gefängnis verurteilt. Die Kommunistische Partei Kubas war zwar bereit, mit kommunalen Protestgruppen zu reden. Aber solange es diesen verboten ist, sich national zu vernetzen, dient die Gesprächsbereitschaft der Obrigkeit mehr der sozialen Kontrolle als einer demokratischen Entwicklung. Ein Ausdruck von Blockdenken war ein Artikel in der – ansonsten emanzipatorischen – WOZ (27.1.2022) über die tatsächlich erstaunliche Bewältigung der Pandemie. Der Beitrag stellte in Frage, dass die politische Unterdrückung bei den Sozialprotesten eine Rolle gespielt habe. Der Motor und Bremser einer «demokratischen Öffnung» (WOZ 14.4.2022) bleibt die Partei. Wird aber diese das grösste Demokratiehindernis, das Einparteiensystem, jemals aufheben?

Coronaskepsis und Putinophilie

Die Tatsache, dass das Blockdenken seit Putins Angriffskrieg innerhalb der Linken am stärksten von jenen gepflegt wird, die der coronaskeptischen Szene angehören, hat zwei Hauptgründe. Der erste ist ein blinder Antiamerikanismus, der die Coronabewegung, die rechte Mehrheit wie die linke Minderheit, prägte und jetzt bei beiden Flügeln zu einer putinnahen Haltung führt: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Deshalb waren aus der Linken stammende Träger*innen der Coronaskepsis, beispielsweise die Zeitschrift *Zeitpunkt* oder die Gruppe «Friedenskraft», vor der Pandemie Verteidiger*innen des syrischen Tyrannen Assad und dessen wichtigsten Verbündeten Putin gewesen.

Zum zweiten Grund führt eine weitere Auffälligkeit: Nicht nur die meisten rechten, sondern auch die meisten linken Corona- und Impfskeptiker*innen waren und sind zugleich Migrationsskeptiker*innen. Viele hatten mit der Ecopop-Initiative, die die Einwanderung beschränken wollte, sympathisiert. Heute wehren sie sich in Bern gegen ein Flüchtlingsdorf für Menschen aus der Ukraine. Ihr Menschen- und Gesellschaftsbild ist ein organizistisches: Das «Ganze», sei es «Oikos» oder das «Volk», wird über die konkreten Menschenrechte als Rechte aller Menschen gestellt. Ihr Staatsverständnis geht nicht vom mündigen Individuum aus, sondern von der kollektivistischen Vorstellung einer «Volksgemeinschaft» oder eines «Volkskörpers».[2] Das passt bestens zu Putins grossrussischem Chauvinismus. Es passt aber auch zu einer Politik, die Blöcke und nicht Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Völker-Bund oder nordwestlicher Sonderbund

Ich komme nun auf die weltpolitische Dimension von Universalität zu sprechen. Und beginne mit einem der Pioniere der Aufklärung und der Friedensphilosophie: Immanuel Kant. Ich tue das auch, weil die heftigsten «Westler*innen», die in den bürgerlichen Medien den Ton angeben, gerade vom Autor von *Zum ewigen Frieden* nichts wissen wollen. Und ich fahre weiter mit den bedeutendsten kantianischen Projekten: der 1945 gegründeten UNO und dem mit ihr verbundenen Völkerrecht. Ich tue das auch, weil sich ausgerechnet die lautesten Verkünder*innen der «westlichen» Aufklärung als sicherheitspolitische Schmittianer*innen erweisen. Gemäss dem Nazi-Staatsrechtler Carl Schmitt definiert sich Politik über das Freund-Feind-Verhältnis, was dem Militärischen ein Übergewicht verleiht.

Kant stellt den «ewigen Frieden» (1795/96) auf folgende Basis: «Das Völkerrecht soll auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein.» Damit meinte er einen Bund der Völker, dessen einigendes Band ein von allen Staaten anerkanntes Völkerrecht ist. Von einem Sonderbund, um einen Begriff aus der Schweizer Geschichte zu gebrauchen, unterscheidet sich ein Bund durch seinen inklusiven Charakter. Hier liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen dem UNO-Bund, dem seit zwanzig Jahren sogar die Schweiz angehört, und der NATO, einem Sonderbund des reichen Nordwestens dieses Planeten. Genau wie nur der liberale Bund 1848 eine friedliche Schweiz schaffen konnte, kann nur der UNO-Bund eine friedliche Welt begründen.

Die 1945 vor allem aufgrund der Vorarbeiten des US-Präsidenten Roosevelt geschaffene UNO mit ihrer UN-Charta zog zwei wichtige Lehren aus dem Scheitern des Völkerbundes. Sie vermied – weitgehend – die Fehler des Vertrags von Versailles, der wegen seiner einseitigen Siegerjustiz nicht wirklich inklusiv war. Und sie baute Sanktionen für die Verletzung der gemeinsamen Normen und Regeln ein. Die umstrittenste Bestimmung der vier Siegermächte USA, UdSSR, Grossbritannien und Frankreich war und bleibt das Vetorecht für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. (China war bis 1971 durch Taiwan und ist seither durch die Volksrepublik vertreten.)

Auf- und Abstiege der UNO

Der grösste zivilisatorische Fortschritt ist die Festschreibung des «Gewaltverbots» in Artikel 2 der UN-Charta: «Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.» Das Recht, als UNO notfalls Gewalt anzuwenden, ist in der Präambel festgeschrieben. Darin verpflichteten sich die Staaten, die «Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren», sowie «Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird».

Ihre grösste Zeit hatten die UNO und die KSZE, die heutige OSZE, mit und nach der Überwindung des Kalten Krieges. Ihnen ist es wesentlich zu verdanken, dass die Ostblockdiktaturen und das Völkergefängnis Sowjetunion ohne grosses Blutvergiessen untergingen. Ein Höhepunkt dieses Freiheits- und Friedensprozesses war die KSZE-Konferenz in Paris vom November 1990, als alle Mitgliedstaaten sich für den Bau eines gemeinsamen Hauses Europa aussprachen.

Das Konzept eines gemeinsamen Hauses Europa und letztlich die UNO scheiterten primär an der NATO, deren Existenzberechtigung nach der Auflösung des Warschauer Paktes zur Disposition stand. Unter der Ägide der USA unternahm sie alles in ihrer Kraft Stehende, um die erstarkte UNO zu schwächen. Dabei erwies sich der grossserbische Kriegsherr Milošević als eine Art «Diabolus ex Machina». Der neokonservative US-Autor Robert Kagan hat die US-Politik im Kultbuch *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung* ehrlich und prägnant beschrieben: «Für die Vereinigten Staaten» gehörte «die Wahrung der Existenzfähigkeit des Bündnisses [...] zu den Hauptzielen der amerikanischen Intervention [im Kosovo, J. L.], so wie die Erhaltung der Allianz ein Hauptmotiv der früheren Intervention der USA in Bosnien gewesen war.»[3]

Aber auch die Zerschlagung der chinesischen Demokratiebewegung auf dem Tienanmenplatz im Juni 1989 hat die 1990er Jahre negativ beeinflusst. Und in Russland erhoben die stalinozaristischen Kräfte wieder ihr Haupt, als sie Jelzin dazu brachten, 1994 den Ersten Tschetschenienkrieg zu entfesseln.

Putin und der War on Terror

Über die Mitverantwortung der NATO, insbesondere der USA, für den Aufstieg Putins habe ich mich schon anderweitig geäussert.[4] Was George F. Kennan, Chefideologe des Kalten Krieges, 1997 in seinem berühmten Artikel in der *New York Times* gegen die NATO-Osterweiterung geschrieben hat, hat sich zwei Jahre später mit Putins Machtübernahme bestätigt: «Eine solche Entscheidung droht die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen öffentlichen Meinung zu entflammen und eine schädliche Wirkung auf die Entwicklung der russischen Demokratie zu haben» (5.2.1997).

Bei aller NATO-Kritik betonte ich aber immer, dass für den Ukrainekrieg einzig und allein Putin verantwortlich ist.[5] Wie aber erklären sich seine eklatanten Fehleinschätzungen? Zuerst einmal glaubte er wirklich, dass sich die meisten Ukrainer*innen so sehen, wie er sie sieht: als «Kleinruss*innen», die mit den «Grossruss*innen» ein gemeinsames Volk bilden. Und im Westen hat er sich getäuscht, weil seine beiden höchst brutalen Kriege in Tschetschenien und in Syrien auf wenig Kritik gestossen waren. Er selber hatte diese Kriege als Teil des wesentlich von der NATO getragenen «War on Terror» dargestellt und teilweise auch gesehen. Im «christlichen Abendland», das der Begriff «Westen» mit beinhaltet, gab es durchaus Verständnis für die russische Brutalität gegen den «islamistischen Terror». Als Putin am 12. Oktober 2002, 13 Monate nach 9/11, im Zuger Casino einen Friedenspreis erhielt, war auch der US-Botschafter dabei.

Die NATO, die nach dem Fall Kabuls im Jahr 2021 ihren Tiefpunkt erreicht hatte, verdankt Putins Angriffskrieg eine unerwartete Stärkung. Das ist auch eine Folge der Tatsache,

dass die UNO nicht nur politisch, sondern auch militärisch geschwächt wurde. Heute ruft niemand nach dem Einsatz neutraler Blauhelme im besetzten Teil der Ostukraine. Mit dem gestiegenen Ansehen der NATO verbunden sind gesteigerte Aufrüstungstendenzen in den meisten Ländern. Diese sind fragwürdig, weil die russische Armee offenbar viel schwächer ist, als sie sich selber einschätzte und als sie eingeschätzt wurde. Besonders grotesk ist die Aufrüstung in der BRD, die Putins Krieg täglich mit Hunderten von Millionen Euros füttert. Ginge es der rot-grün-blauen Regierung wirklich um die Menschen in der Ukraine und in Deutschland, würde sie die Energiekäufe stoppen und die hundert Aufrüstungsmilliarden in die soziale Abfederung der Teuerungsfolgen des Öl- und Gasembargos einsetzen. In der Schweiz werden Aufrüstung und NATO-Annäherung vornehmlich von jenen Kräften gefordert, die in den letzten fünfzehn Jahren durch Rohstoffhandel, Oligarchengelder, Dual-Use-Güter Putins Aufrüstung alimentieren halfen.

Abendländisches Blockdenken

Unter älteren und bewegungsfernen Linken könnte sich ein neues NATO-Blockdenken entwickeln. Was aber bedeuten die Konversionen zum «westlichen Block» oder «Lager»? Aus der Zeit des Kalten Krieges wissen wir, dass das stalinistische Bekenntnis zu Moskau zur Komplizenschaft mit der Niederschlagung des Prager Frühlings führte. Das sozialdemokratische Bekenntnis für Washington führte zur Unterstützung des Vietnamkriegs oder zur Verharmlosung der US-Politik in ihrem lateinamerikanischen «Hinterhof». Ähnliches ist auch in der Zukunft zu erwarten.

Die Wende zur NATO und zum «westlichen Block» hat aber noch tiefere Implikationen. Wer in der Schweiz Ja sagt zur NATO-Annäherung, der sagt – nolens volens – Ja zur Aufrüstung und damit Nein zum Klimaschutz. Beides lässt sich schlicht und einfach nicht finanzieren. Er sagt aber auch Ja zu einem Diskurs, der sich ums Militärische dreht und damit das erschwert, wenn nicht verhindert, was die wichtigste Lehre für die Schweiz aus Putins Angriffskrieg ist: die «Änderung ihres Geschäftsmodells», wie es *Die Zeit* am 13. April 2022 ausdrückte. Das Schwerwiegendste aber ist: Ein Ja zum «westlichen Lager» impliziert das «christliche Abendland» und das Verdrängen dessen Verbrechen – vom Kolonialismus bis zum War on Terror (mit dem südstaatlichen *Bible Belt* als Kernbasis).

Wer eine Welt will, die friedlicher und gerechter ist, denkt und handelt universalistisch. Der tut alles zur Stärkung des UNO-Bundes. Die baut Europas Sicherheit auf die OSZE – im Sinne von Immanuel Kant.

Zum Schluss noch dies: Die Neutralität ist kompatibel mit der UNO, weil diese universell ist. Universell heisst neutral auf globaler Ebene. Deshalb macht das Mitmachen der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat Sinn. Wenn wir den Kampf für die universellen Werte und Institutionen mit dem für eine weltsolidarische Neutralität verbinden und wenn die Mehrheit der Linken auf dem kantianischen Weg bleibt, können wir – auch weil die Bürgerlichen in dieser Frage gespalten sind – sowohl die Aufrüstung als auch die Teilintegration in die NATO verhindern. Und dafür sorgen, dass – im Sinne der Konzernverantwortungsinitiative – aus der Schweiz weder die Umwelt zerstört wird noch Kriege alimentiert werden. ●

○ Josef Lang, *1954, ist GSoA-Vorstand und Historiker. Er ist seit 1971 in den Schwerpunkten globale Solidarität und Weltfrieden engagiert und gehörte 1982 bis 2011 dem kommunalen, kantonalen und nationalen Parlament an.

1 Josef Lang: *Solidarität von unten gegen Spannungen von oben*. www.denknetz.ch, 3.1.2022, S. 5.

2 Josef Lang: *Vereint in der Unvernunft*. In: *Pandemie-Debatte*, Widerspruch 78/2022, S. 191–195.

3 Robert Kagan: *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*. Berlin 2003, S. 58.

4 Siehe Anmerkung 1, S. 3–5.

5 Josef Lang: *Putins Krieg oder warum der grossrussische Chauvinismus die Ukraine hasst*. www.denknetz.ch, 28.2.2022, S. 3, 5.